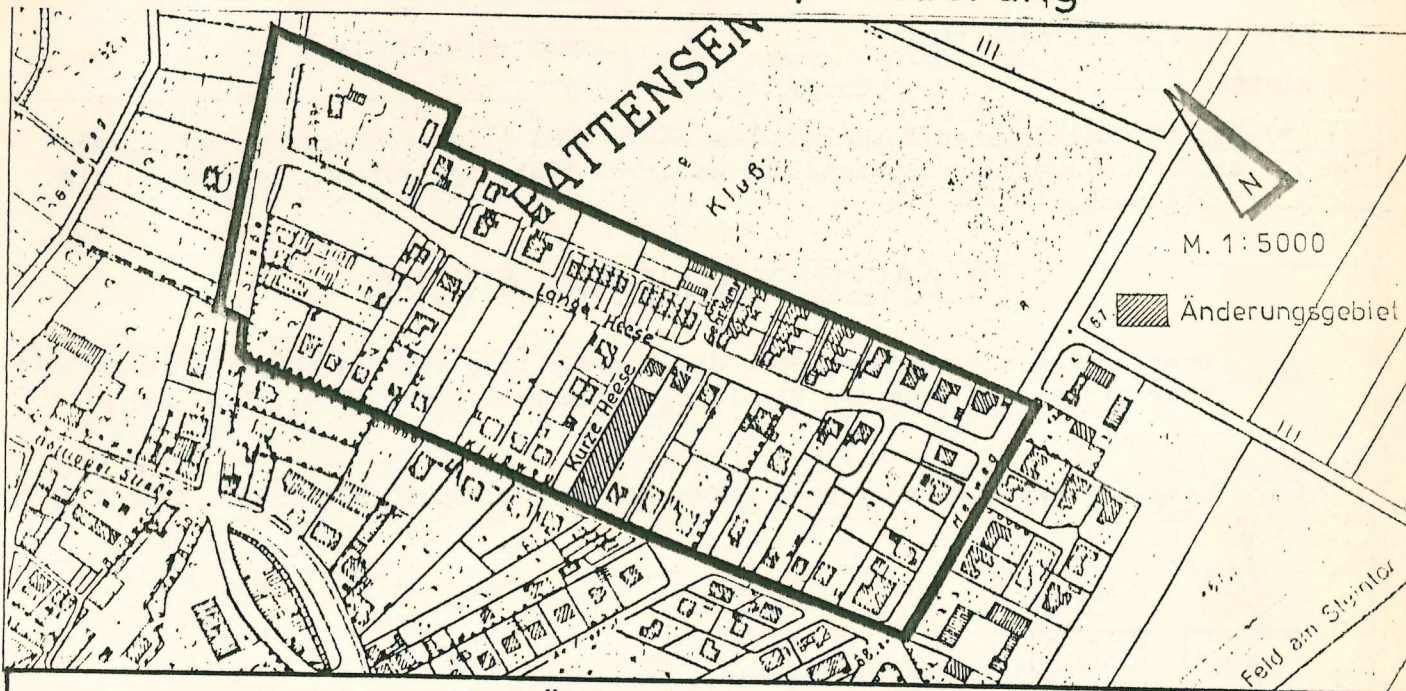


STADT PATTENSEN
BEBAUUNGSPLAN NR. 132 „DIE KLUSS“
3. (vereinfachte) Änderung



P R Ä A M B E L

Aufgrund der §§ 1 Abs. 3, 10. u. 13 des Bundesbaugesetzes (BBauG) i.d.F.v.18.8.76 (BGBl. I S. 2256, ber. S. 3617), zuletzt geändert durch Art. 9 Nr. 1 der Vereinfachungsnovelle v. 3.12.76 (BGBl. I S. 3281) sowie durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 6.7.1979 (BGBl. I S. 949), und des § 40 der Nds. Gemeindeordnung (NGO) i.d.F.v.22.6.82 (Nds. GVB1. S. 229) hat der Rat der Stadt Pattensen in seiner Sitzung am 8. Juni 1983 die 3. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 132 "Die Kluss" als Satzung beschlossen.

Pattensen, den 14. Juni 1983

Bürgermeister

Stadtdirektor

V E R F A H R E N S M E R K M A L E

Die beteiligten Träger*) öffentlicher Belange und die Eigentümer*) der betroffenen und benachbarten Grundstücke haben der Änderung im vereinfachten Verfahren nach § 13 BBauG zugestimmt.

Pattensen, den 3. Juni 1983

*) siehe besondere Aufstellung

Stadtdirektor

Der Satzungsbeschuß sowie Ort und Zeit der Auslegung der vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes sind durch Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Hannover Nr. 25 am 23.06.83 bekanntgemacht worden. Damit ist die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes rechtsverbindlich geworden.

Pattensen, den 11. Oktober 1983

Stadtdirektor

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der vereinfachten Änderung ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen der vereinfachten Änderung nicht geltend gemacht worden.

Pattensen, den

Stadtdirektor

folgende Träger öffentlicher Belange sind beteiligt worden und stimmten der vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes zu:






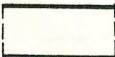





Planungsträger	Zustimmung m. Schr. v.		Planungsträger	Zustimmung m. Schr. v.
1 Landkreis Hannover	07.01.1983	5	Oberpostdirektion Hannover	25. 1. 83
2 Bezirksregierung Hannover	*	6	Bundesverb.f.d.Selbstschutz	*
3 Betrieb f.Abfallbeseitigung	*	7	Landesgasversorgung	*
4 HASTRA	05.01.1983			

*) Laut Beteiligungsaufforderung vom 28.12.1982 gilt der Verzicht auf Abgabe einer Stellungnahme während des am 31.01.1983 abgelaufenen Zeitraumes als Zustimmung.


PLANZEICHENERKLÄRUNG

A Gemäß § 2 der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die Darstellung des Planinhalts vom 19.01.1965 (BGBI. I S. 21)

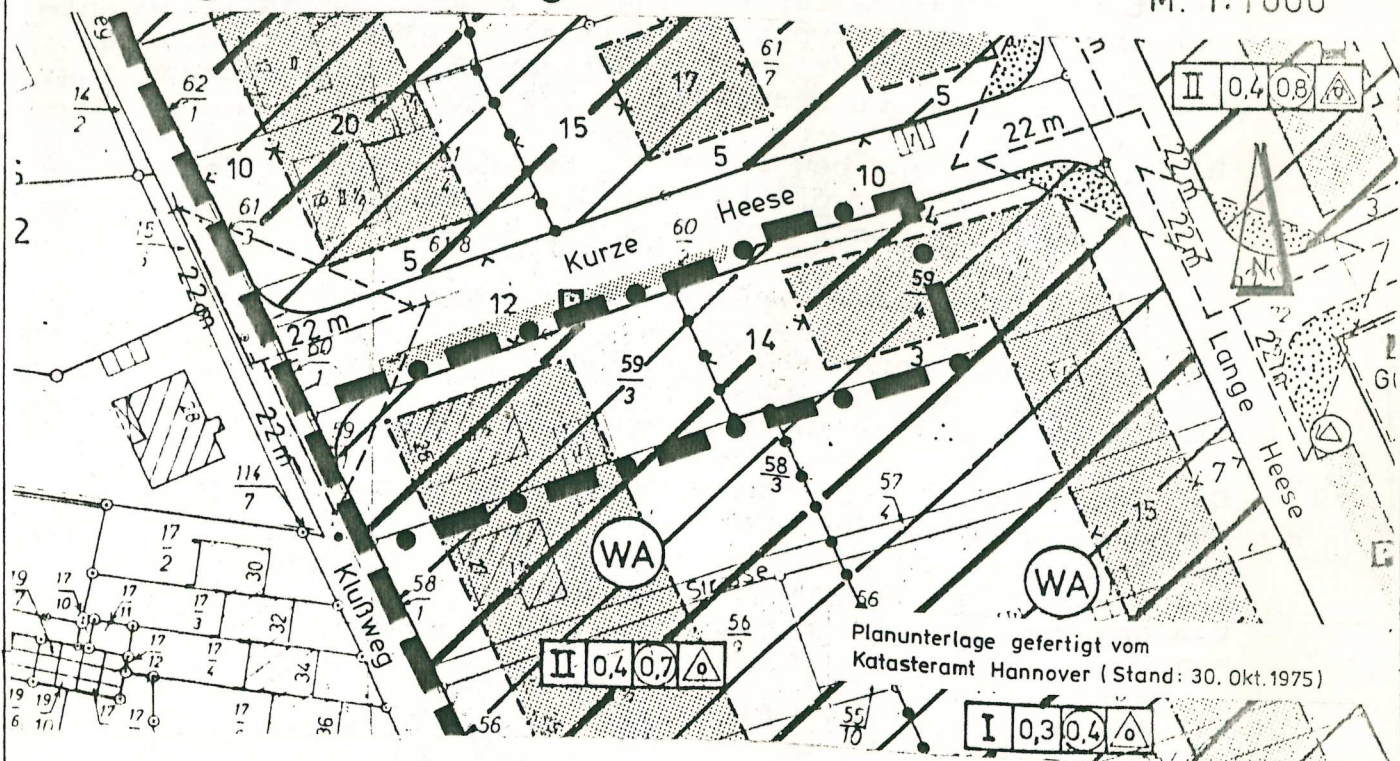
B Gemäß Planzeichenverordnung (Planz V) vom 30. Juli 1981 (BGBI. I S. 833)

A	B	
		Allgemeines Wohngebiet
II	dgl.	Zahl der Vollgeschosse - Höchstgrenze
0,4	dgl.	Grundflächenzahl
	dgl.	Geschoßflächenzahl
o	dgl.	Offene Bauweise
		Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
---	dgl.	Baugrenze
	dgl.	Öffentliche Straßenverkehrsfläche
---	dgl.	Straßenbegrenzungslinie
	dgl.	Grenze d.räumlichen Geltungsbereiches d.Bebauungsplanes
	dgl.	Grenze d.räumlichen Geltungsbereiches d.3.vereinfachten Änderung
	dgl.	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
	dgl.	Überbaubare Grundstücksflächen
	dgl.	Innerhalb dieser Fläche sind Bepflanzungen und Einfriedungen mit Wuchshöhen über 0,80 m gemessen zu den Fahrbahnachsen, sowie die Errichtung der in § 23 Abs. 5 BauNVO genannten Anlagen, unzulässig.

Wir, die Eigentümer der nachstehend aufgeführten Flurstücke,
stimmen der unten dargestellten vereinfachten Änderung zu.

Flur	Flurstück	Datum	Unterschrift des Eigentümers
2	59/3	31.3.1983	
2	59/5, 60/4	31.3.1983	
2	59/6, 60/5	7.4.1983	
2	58/4	29.3.1983	
2	58/5	5.4.1983	

bisherige Festsetzungen



neue Festsetzungen

